

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Genossenschaft Ökostrom Schweiz, Oberwil 61, 8500 Frauenfeld

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Erarbeitung einer verbindlichen Grundlage für die Netzplanung wird begrüsst. So wird nicht nur die Netzplanung sondern auch der für die Energiewende dringend notwendige Netzausbau beschleunigt. Wichtig erscheint uns, dass wirklich alle interessierten und massgebenden Kreise in die Szenariendefinition miteinbezogen werden (Art. 9a Abs. 1).

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist wichtig, dass der Szenariorahmen laufend überprüft und nachgeführt wird. Die gesetzliche Verankerung einer Überprüfungsperiodizität stellt sicher, dass die Planung laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst werden kann. Ob eine Überprüfung alle fünf Jahre ausreichend ist oder ob aufgrund der derzeitigen rasanten Entwicklung eine häufigere Überprüfung angezeigt wäre, sollte unseres Erachtens noch einmal überprüft werden (vgl. unten).

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind der Ansicht, dass es aufgrund der derzeitigen rasanten Entwicklung schwierig ist, eine exakte Periodizität für die Überprüfung des Szenariorahmens anzugeben. Es kann durchaus sein, dass die Periodizität von 5 Jahren ausreichend ist, die Entwicklung kann aber auch eine häufigere Überprüfung notwendig machen. Wir sind daher der Ansicht, dass die Formulierung „Er muss mindestens alle fünf Jahre ...“ gewählt werden sollte.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das N-O-V-A-Prinzip stellt das zentrale Element der Strategie Stromnetze dar. Es ist unerlässlich, alle Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen, bevor teure Infrastrukturanlagen erweitert oder neu erstellt werden, welche ihrerseits negative Auswirkungen bzgl. Platzbedarf, Landschaftsschutz, Bodenschutz, etc. haben können.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wenn der Einspeisepunkt als für den Netzbetreiber am technisch und wirtschaftlich günstigsten festgelegt wird, läuft dies den Bestrebungen einer dezentralen Energieproduktion entgegen. Vor allem bei der landwirtschaftlichen Energieproduktion (Photovoltaik, Biomasse, etc.) können aufgrund der geografischen Situation die Zuleitungen mehrere hundert Meter lang sein. Müssen diese erneuert oder ausgebaut werden, kann dies immense Kosten verursachen, welche von den Energie erzeugenden Landwirten nicht getragen werden können, was wiederum dazu führen wird, dass der Ausbau der dezentralen neuen erneuerbaren Energien einen argen Dämpfer erleidet. Wir sind der Ansicht, dass ausserhalb der Bauzone die Erschliessungskosten ab einer bestimmten Länge durch die Netzbetreiber übernommen werden oder alternativ durch Investitionsbeiträge der KEV (was derzeit nicht möglich ist) gedeckt werden sollten.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist richtig und wichtig, dass die betroffenen Stellen in die Entscheidungsfindung integriert werden. Wichtig erscheint uns, dass wirklich alle interessierten und massgebenden Kreise in

die Bedarfsermittlung miteinbezogen werden. Aus dem Erläuterungsbericht ist nicht klar ersichtlich, welche Kreise mit „weitere Betroffenen“ gemeint sind.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

-

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

-

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Prüfung durch die ElCom garantiert, dass eine neutrale Stellung die Mehrjahrespläne prüft, welche einen Überblick über das Gesamtsystem hat. Zudem garantiert die schriftliche Stellungnahme den Netzbetreibern die Verbindlichkeit und Rechtssicherheit der Rückmeldung.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine vorgegebene Frist ist zwingend notwendig, da nur so die Aktualität der Planung gewährleistet werden kann.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da bereits vor der Einreichung schon neun Monate Zeit verstreichen können, bis die Pläne eingereicht werden (Art. 9b Abs. 1 StromVG) erachten wir die Frist für die Stellungnahme mit 9 Monaten als zu hoch. Im schlechtesten Fall verstreichen so zwischen der Genehmigung des Szenari Rahmens und der Stellungnahme zum Mehrjahresplan anderthalb Jahre. Wir sind der Ansicht, dass für die Stellungnahme zu einer Planung, welche in neun Monaten ausgearbeitet werden muss, eine Frist von drei Monaten für eine Stellungnahme ausreichend ist (die Planung wird ja „nur“ überprüft und nicht erarbeitet).

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Energiewende ist es unerlässlich, dass die oben erwähnten Anlagen den Status „von nationalem Interesse“ erhalten können, um jahrelange Rechtsstreitigkeiten zu verhindern. Wir möchten an dieser Stelle jedoch zusätzlich darauf hinweisen, dass beispielsweise auch landwirtschaftliche Nutzflächen im Sinne der Ernährungssicherheit als „von nationalem Interesse“ bezeichnet werden müssen. Diese Flächen dürfen darum auch durch Anlagen des Übertragungsnetzes nicht beeinträchtigt werden.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da grosse Leitungen der Netzebene 1 einen starken Eingriff in die Landschaft darstellen und den Grundeigentümer direkt betreffen, ist ein Sachplanverfahren mit den entsprechenden Einspruchsmöglichkeiten angezeigt. Der Grundeigentümer muss für das Bodennutzungsrecht zwingend eine Entschädigung halten, wobei im Falle von Landwirtschaftsflächen der Wert des Bodens entsprechend seiner nichtlandwirtschaftlichen Nutzung entschädigt werden muss. Die derzeitige Praxis mit verhältnismässig günstigen Preisen für landwirtschaftliche Flächen fördert eine übermässig starke Beanspruchung dieser Flächen (beispielsweise im Vergleich zu Industrieland) und damit in direkter Folge den Verlust von Fruchtfolgeflächen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken müssen die notwendigen Gesetze zur gerechteren Abgeltung von Grundeigentümern landwirtschaftlicher Nutzflächen angepasst werden.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Übertragung der Kompetenzen auf die eidgenössischen Räte führt zu einer besseren demokratischen Kontrolle und ist begrüssenswert.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das ESTI hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die notwendige Fachkompetenz erarbeitet und die entsprechenden Personalstrukturen aufgebaut. Es ist aus unserer Sicht nicht zielführend, wenn nun beim BFE entsprechende Strukturen neu aufgebaut werden müssen. Eine Beibehaltung der heutigen Situation ist aus volkswirtschaftlicher Sicht zu bevorzugen.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Unsere Organisation ist der Ansicht, dass Baulinien zur Sicherstellung des Netzausbaus unerlässlich sind. Wir vertreten jedoch den Standpunkt, dass das faktische Bauverbot von acht Jahren zumindest eine „vorübergehend enteignungsähnliche Massnahme“ darstellt und daher zwingend entschädigungspflichtig ist.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich erachten wir ein Plangenehmigungsverfahren als Aufgabe des Staates. Da jedoch eine zügige Abwicklung der Verfahren im Vordergrund steht, ist es sicherlich zielführend, wenn „in Ausnahmefällen und vorübergehend“ externe Personen beigezogen werden.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Oberste Priorität hat die Netzstabilität. Aus diesem Grund ist es nicht nur sinnvoll sondern sogar notwendig, dass auf den unteren Netzebenen die dafür notwendigen Massnahmen angeordnet werden können.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Unsere Organisation begrüsst es explizit, dass vorgesehen ist, künftig auf der Verteilnetzebene häufiger Erdkabel anstatt Freileitungen zu verlegen, auch wenn diese – im Rahmen des Mehrkostenfaktors – höhere Kosten verursachen. Da jedoch die Auswirkungen der Erdkabel auf das Kulturland noch kaum erforscht sind, möchten wir Anregen, dass diesbezügliche Forschungsarbeiten angestossen werden. Positive Ergebnisse solcher Forschungen, welche belegen dass die Erdkabel, die notwendigen Wartungsarbeiten und die landwirtschaftliche Nutzung des Kulturlands einander nicht negativ beeinflussen, würden die Akzeptanz der Bevölkerung für den Netzausbau unserer Ansicht nach weiter steigern. Dies wiederum würde einen zeitgerechten Ausbau der Verteilnetze ermöglichen.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da die Kosten des Netzausbau über den Strompreis durch alle Stromverbraucher finanziert werden, dürfen diese Kosten nicht ins Unermessliche steigen. Daher begrüsst unsere Organisation die Festlegung einer gesetzlichen Obergrenze. Hingegen sind wir der Ansicht, dass der Bundesrat die Höhe dieser Obergrenze nur unter Einbezug von betroffenen Verbänden festlegen sollte.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

-

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

-

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Informationsmassnahmen sind ohne Zweifel von grosser Wichtigkeit. Da jedoch diese Massnahmen im Interesse der Netzbetreiber liegen (es geht darum, Akzeptanz zu schaffen), sollten diese Massnahmen nicht zusätzlich zu den Kosten für die Energiewende auf den Stromkunden abgewälzt werden. Wenn diese Kosten nicht anrechenbar sind, kann sichergestellt werden, dass die Informationsmassnahmen auf das Notwendige beschränkt und keine unnötigen Gelder ausgegeben werden.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auch hier gilt, dass es im Interesse der Netzbetreiber liegen muss, möglichst innovativ zu sein und damit längerfristig die Kosten senken und die Effizienz steigern zu können. Aus diesem Grund sollen diese Kosten auch durch die Netzbetreiber getragen werden. Zudem laufen derzeit schon diverse privat finanzierte Projekte im Bereich Smart Grids, welche innovative Massnahmen eruieren und auch bereits umsetzen. Wenn nun die Netzbetreiber für die gleichen Arbeiten Kosten anrechnen können, führt dies zu einer aus unserer Sicht unnötigen und nicht gerechtfertigten Wettbewerbsverzerrung.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Energiewende ist mit dem Netzausbau direkt gekoppelt – und dieser ist wiederum sehr stark von der Akzeptanz der Bevölkerung abhängig. Eine umfassende und adressatengerechte Information aus einer Hand ist daher notwendig.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auch dies kann die Akzeptanz in der Bevölkerung steigern. Es ist jedoch darauf zu achten, dass das zu erarbeitende Geodatenmodell so einfach wie möglich aufgebaut wird, um unnötige Arbeiten und damit verbundene Kosten für die Datenaufbereitung zu vermeiden. Der schweizweite Geodatensatz muss mit möglichst geringem Aufwand nicht nur ersterfasst sondern auch nachgeführt werden.